

Insofern haben die ausländischen Direktinvestitionen auch pro Kopf der Bevölkerung in den Reformländern bereits ein Maß erreicht, das langfristig eher als „normal“ angesehen werden kann. Legt man für eine Schätzung einen Durchschnittswert von real 95 US-Dollar pro Kopf (weniger entwickelte OECD-Länder) über eine lange Periode an, so würden die hier betrachteten acht Reformländer insgesamt durchschnittlich pro Jahr ca. 6,8 Mrd. US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen attrahieren. Bei (real) konstant bleibenden internationalen Weltdirektinvestitionen von 173 Mrd. US-Dollar (1993) würde dann der Anteil

der Reformländer von gegenwärtig etwa 2,9 vH auf etwa 3,8 vH steigen. Auf Deutschland bezogen wären dies nur 1,7 vH der Bruttoinlandsinvestitionen von 1993. Das zusätzliche Kapital könnte durch einen relativ geringen realen Anstieg des BIPs der Welt oder sogar in der OECD bereitgestellt werden. Damit kann vermutet werden, daß von ausländischen Direktinvestitionen weder ein signifikanter negativer Einfluß auf die internationalen Kapitalmärkte noch ein gesamtwirtschaftlich spürbarer Druck auf die westlichen (deutschen) Arbeitsmärkte zu erwarten ist.

Hubert Gabrisch

Regionalisierung der Regionalpolitik - ein instrumenteller Hoffnungsträger? -

Erhebliche Informationsdefizite der Regionalpolitik zentralistischer Prägung legen eine Stärkung der Eigenverantwortung lokaler Entscheidungsträger für die regionale Entwicklung nahe. Zwar sprechen gewichtige Gründe für eine Regionalisierung der regionalen Wirtschaftspolitik, die Erwartungen dürfen jedoch nicht zu hoch angesetzt werden. Der Erfolg einer Regionalisierung hängt entscheidend davon ab, daß die Fragen der Raumabgrenzung, des inhaltlichen Regionalisierungsbedarfs und der Organisationsform problemadäquat gelöst werden.

Angesichts des anhaltenden wirtschaftlichen Problemdrucks in Ostdeutschland gewinnt der Gedanke einer Regionalisierung der regionalen Wirtschaftspolitik unter den wirtschaftspolitischen Akteuren, aber auch in der regionalwissenschaftlichen Diskussion seit einiger Zeit an Aufmerksamkeit¹² und hat teilweise den Charakter eines instrumentellen Hoffnungsträgers¹³ erlangt. Dies hat seine Gründe. Zum ersten vollzieht sich der ostdeutsche Transformationsprozeß zunehmend räumlich diffe-

renziert. Während die ostdeutschen Regionen zunächst mehr oder weniger flächendeckend von drastischen Produktions- und Beschäftigungseinbrüchen betroffen waren, erfolgt der Aufbau neuer Strukturen - wie beispielsweise an den regionalen Investitionsdisparitäten¹⁴ deutlich wird - regional unterschiedlich. Zum zweiten wird deutlich, daß Neuansiedlungen allein kaum ausreichen, um langfristig eine sich selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Bei den Akteuren „vor Ort“ setzt sich die Einsicht durch, daß eine wirtschaftliche Revitalisierung ein Besinnen auf die eigenen Kräfte und die Mobilisierung endogener Entwicklungspotentiale verlangt. Eine wirtschaftspolitische Strategie, die auf ein „Wachstum von innen“¹⁵ setzt, gewinnt an Gewicht.

Was bedeutet Regionalisierung der regionalen Wirtschaftspolitik?

Die regionale Wirtschaftspolitik als die bewußte Beeinflussung der räumlichen Verteilung

¹² Vgl. z.B. SÖSTRA: Regionalisierung - ein Ausweg aus der Beschäftigungsmisere? Berlin 1993. (= Berichte und Informationen der SÖSTRA, Nr. 7). - DGB, Landesbezirke Berlin-Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen (Hrsg.): Positionspapier: Für eine bessere Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. Berlin (August) 1994, S. 11 f.

¹³ Vgl. z.B. ISW: Regionalisierung der Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt. Ansatzpunkte, Ziele, Umsetzungsschritte. Halle (Mai/Juni) 1994.

¹⁴ Vgl. z.B. SKOPP, R.: Räumliche Investitionsaktivitäten in der ostdeutschen Industrie. In: IWH-Kurzinformationen. Nr. 30 v. 30.09.1994. - HEIMPOLD, G.: Förderung der gewerblichen Wirtschaft in den neuen Bundesländern durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. In: Abflauende Geschäftsaussichten im Ausbaugewerbe. Konjunkturbericht des IWH 1-2/1994. Halle 1994, S. 20-25.

¹⁵ POHL, R.: Langfristige Wachstumsperspektiven für Ostdeutschland. In: IWH (Hrsg.): Wirtschaft im Systemchock. Die schwierige Realität der ostdeutschen Transformation. Gewidmet Manfred Wegner. Berlin 1994, S. 206.

ökonomischer Aktivitäten ist in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ als kooperative Politik von Bund und Ländern konzipiert. Hinzu kommen Mittel aus dem EU-Regionalfonds (EFRE), die zur Stärkung der regionalpolitischen Gemeinschaftsaufgabe eingesetzt oder im Rahmen von Landesförderprogrammen kofinanziert werden. In instrumentaler Hinsicht stehen Investitionszuschüsse für gewerbliche Investitionen und die wirtschaftsnahe Infrastruktur im Vordergrund. Unternehmen und Kommunen verbleiben dabei in der Rolle der Antragsteller auf zentral vergebene Fördermittel. *Eine Regionalisierung der regionalen Wirtschaftspolitik zielt hingegen darauf ab, Planungs- und Entscheidungskompetenzen zu dezentralisieren und finanzielle Mittel auf die Regionen zu verlagern. Welche Kompetenzen dezentralisiert werden sollen, wird von den Befürwortern einer Regionalisierung jedoch unterschiedlich gesehen. Die Spielarten der Regionalisierung reichen von einer wettbewerbsorientierten Regionalisierungsvariante¹⁶, die eine Dezentralisierung von Planungs- und Durchführungskompetenzen bei gleichzeitiger anreizorientierter Ausgestaltung des kommunalen Finanzsystems vorsieht, bis zu einer konsensorientierten Regionalisierungspraxis in Nordrhein-Westfalen („Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen“). Letztere setzt auf „vor Ort“ erarbeitete regionale Entwicklungskonzepte, die dann durch die Strukturpolitik des Landes - insbesondere durch Förderung prioritärer Projekte - in ihrer Umsetzung unterstützt werden¹⁷. Konsensorientierte Regionalisierungsbemühungen existieren auch in anderen Bundesländern, z.B. in*

¹⁶ Vgl. z.B. VAN SUNTUM, U.: Regionalpolitik in der Marktwirtschaft. Baden-Baden 1981. (= Monographien der List-Gesellschaft e.V. N.F., Bd. 5). - SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Arbeitsplätze im Wettbewerb. Jahresgutachten 1988/89. Stuttgart u. Mainz 1988.

¹⁷ Vgl. REGIONALISIERUNG. Neue Wege in der Strukturpolitik Nordrhein-Westfalens. Hrsg. v. Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1992. Kritisch WANIEK, R.: Die Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens. Bochum 1990. (= Schriften des Ruhr-Forschungsinstituts für Innovations- und Strukturpolitik).

Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Schleswig-Holstein, wobei Inhalte und Organisationsformen, aber auch die Rolle der Landesregierungen durchaus unterschiedlich ausfallen.

Die Konturen der Regionalisierungsdiskussion in Ostdeutschland sind noch zu unscharf, um sie in der Spannbreite möglicher Regionalisierungsvarianten eindeutig zu plazieren. Allerdings lassen die zu diesem Thema kursierenden Hoffnungen, wie „Schaffung von Synergieeffekten“, „Aufbau einer netzwerkartigen Ökonomie“, „Stärkung von Innovationssystemen“, „Erhalt von Unternehmensclustern“, „Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe“, „Sicherung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung“, „Koordination und Zusammenführung von Fachpolitiken“, in ihrem konzentrierten Auftreten auf eine hohe - und möglicherweise zu hohe - Erwartungshaltung an einen regionalisierten Politikansatz, aber auch auf einen inhaltlichen Klärungsbedarf schließen.

Zur Begründung einer regionalisierten Regionalpolitik

Zum ersten läßt sich eine Regionalisierung damit legitimieren, daß „vor Ort“ *spezifische Kenntnisse* über regionale Besonderheiten vorhanden sind, die zur Mobilisierung regionsinterner Entwicklungspotentiale genutzt werden können. Die größere Ortsnähe ermöglicht nicht nur ein inhaltlich präziseres Bild der regionalen Stärken und Schwächen, sondern sie gestattet zugleich, *Entwicklungshemmnisse frühzeitiger zu erkennen und flexibel zu reagieren*. Von einer dezentralen Organisation des regionalpolitischen „Suchprozesses“ wird daher zumeist ein Effizienzgewinn erwartet. Die regionale Wirtschaftspolitik zentralistischer Prägung, wie sie sich vor allem in der regionalpolitischen Gemeinschaftsaufgabe niederschlägt, ist dagegen durch ausgeprägte Informationsdefizite und einen pauschalen Instrumenteneinsatz gekennzeichnet.

Zum zweiten wächst der regionalen Ebene von „unten“ - d.h. von der kommunalen Ebene - Planungs- und Entscheidungsbedarf zu. Aufgaben, die formal in den kommunalen Zuständigkeitsbereich fallen, drängen aufgrund zunehmender interkommunaler Verflechtungen zu kooperativen Ansätzen. Zu diesen Aufgabengebieten dürften die Planung und Durchführung überörtlich relevanter In-

frastrukturmaßnahmen, z.B. auf dem Gebiet des Nahverkehrs, der Wasserver- und Abwasserentsorgung, bei überbetrieblichen Weiterbildungseinrichtungen und unter bestimmten Umständen (z.B. in Stadt-Umland-Regionen mit enger Abgrenzung der Kernstadt) auch die Gewerbeflächenpolitik gehören. Hier könnte eine regionalisierte Politik für ausgewählte Fachpolitiken eine horizontale Koordinationsfunktion übernehmen, die entwicklungsrelevante Synergieeffekte ermöglicht.

Zum dritten können neue regionale Handlungsmöglichkeiten „vor Ort“ einen Motivationsschub bewirken. Während bei einer zentralistisch ausgerichteten regionalen Wirtschaftspolitik die Gefahr besteht, daß eigene Entwicklungsanstrengungen zugunsten des Strebens nach maximaler Ausschöpfung diverser Fördertöpfe in den Hintergrund treten, beinhaltet ein Regionalisierungsansatz Chancen für ein stärkeres Besinnen auf die eigenen Kräfte. Die Regionen können und müssen die für die regionale Entwicklung notwendigen Konzepte selbst erarbeiten und, teilweise gestützt durch Mittel der regionalen Wirtschaftspolitik, umsetzen.

Zur inhaltlichen Ausgestaltung einer Regionalisierung

Geht man vor diesem Hintergrund davon aus, daß für eine Regionalisierung der regionalen Wirtschaftspolitik durchaus gewichtige Argumente sprechen, so ist zu konkretisieren, wie diese im einzelnen umgesetzt werden kann und soll. Dabei stellen sich folgende Kernfragen:

- Wer ist „die Region“ als politische Handlungseinheit? In welchem räumlichen Rahmen soll regionalisiert werden?
- Welche Politikbereiche und Instrumente eignen sich für eine Regionalisierung?
- In welchem organisatorischen Rahmen soll eine Regionalisierung vorgenommen werden? Welcher Träger hat für welche Aufgaben die Planungs-, Entscheidungs- und Durchführungskompetenz?

Die „Region“ ist keine vorhandene Größe, sondern sie muß zunächst abgegrenzt werden. Einer Regionalisierung von Kompetenzen steht der Gedanke eines „freiwilligen“ Zusammenschlusses regionaler Akteure nahe. Dabei sollte jedoch beachtet werden, daß für die regionale Wirtschaftspolitik insbesondere *ökonomische Verflechtungsbeziehungen* aussagekräftig sind. So eignen sich

die mittels der Berufspendler - also des Faktors Arbeit - abgegrenzten regionalen Arbeitsmärkte sowohl für die vergleichende Bewertung der regionalen Förderwürdigkeit, der sich auch die ostdeutschen Regionen nicht mehr lange werden entziehen können, wie auch für die regionale Koordination des Instrumenteneinsatzes im Rahmen zumutbarer Pendeldistanzen. Darüber hinaus sind intensive Arbeitsmarktverflechtungen häufig auch eng mit regionalen Identitäten verbunden.

Nicht alle Aufgabenbereiche eignen sich für eine Dezentralisierung. Angesichts der ordnungspolitisch unzureichenden Rahmenbedingungen für ein „System konkurrierender Regionen“ gilt dies insbesondere für den quantitativ bedeutendsten Bereich der regionalen Wirtschaftspolitik, die Förderung gewerblicher Investitionen. Eine dezentrale Entscheidung, welche Investitionen als förderwürdig anzusehen sind, könnte die lokalen Entscheidungsträger in beachtliche Interessenkonflikte bringen. Dies gilt z.B. dann, wenn gesellschaftliche Gruppen in den Prozeß der Entscheidungsvorbereitung einbezogen werden und die Förderung potentieller Wettbewerber zur Diskussion steht (Diskriminierungsgefahr).

Folgerichtig konzentriert sich die Regionalisierungsdiskussion auf die *regionale Standortpflege*. Die regionale Wahrnehmung einer Aufgabe wird dabei häufig allein damit begründet, daß diese regionale Wirkungen hat (*Raumwirksamkeit*). Es läßt sich dann eine recht große Zahl von Handlungsfeldern - z.B. die Infrastruktur-, Umwelt- und Energie-, Flächen-, Innovations- und Technologie-, Qualifikations- und Arbeitsmarktpolitik - nennen, die regionalisiert werden können und sollen¹⁸. Eine solche Auflistung ist nur wenig hilfreich, da sie eine fast beliebig verlängerbare Enumeration raumrelevanter Politiken enthält. Für eine Regionalisierung müssen weitere Bedingungen hinzukommen. So darf es sich nicht um eindeutig kommunale Aufgaben handeln (*Beachtung des Subsidiaritätsprinzips*), es sollten keine bedeutsamen überregionalen externen Effekte vorliegen (*Vermeidung von räumlichen Spillovers*)¹⁹, und es dürfen keine ordnungspolitischen Konflikte auftreten.

¹⁸ Vgl. z.B. ISW: Regionalisierung der Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt, a.a.O.

¹⁹ Die optimale Entscheidungsebene ist weder Verursacher noch Opfer (bzw. Nutznießer) externer Effekte.

ten (*Ordnungskompatibilität*). Diese Anforderungen führen zu erheblichen Einschränkungen:

- Aufgaben mit kleinräumigem Nutzenkreis (Grundschulversorgung, innerstädtische Verkehrsberuhigung etc.) stellen lokale öffentliche Aufgaben dar und erfordern im Regelfall keine regionale Koordination.
- Netzinfrastrukturen (z.B. überregionale Straßen, IC-Trassen) und zentralörtliche Einrichtungen (Fachhochschulen, Universitäten etc.) sind nicht mit einem regionalen, sondern mit einem *überregionalen* Koordinationsbedarf verbunden.
- Umweltpolitische Maßnahmen sind nur bei räumlich begrenzten Umweltbelastungen sinnvoll regionalisierbar. Eine Region hat kaum Interesse an einer Schadstoffreduktion, wenn die Schadstoffe außerhalb ihrer Grenzen als Belastung auftreten²⁰.
- Maßnahmen einer selektiven Forschungs- und Technologiepolitik sind angesichts ordnungspolitischer Probleme und externer Effekte auch auf regionaler Ebene kaum sinnvoll.

Für eine Regionalisierung eignen sich daher neben dem Feld des Regionalmarketing primär kommunale Aufgaben mit begrenzten räumlichen externen Effekten (z.B. Abwasser- und Abfallbeseitigung, Flächenausweisung für Wohnen und Gewerbe, Gründerzentrum, Ortsumgehungen). In diesem Sinne kommt es wesentlich darauf an, eine funktionsfähige kommunale Entwicklungspolitik zu gestalten, die aber in ausgewählten Bereichen in eine regionale Kooperation einmünden muß.

Organisatorische und prozessuale Aspekte

Wie kann nun eine regionalisierte Politik organisatorisch umgesetzt werden? Die regionalpolitische Trägerdiskussion konzentriert sich im wesentlichen auf die Einrichtung von Regionalbüros, Regionalverbänden und Regionalkonferenzen.

Die Installierung von *Regionalbüros* zur Moderierung regionaler Aktivitäten und zur Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit (Regionalimage) stellt lediglich ein Angebot an die kommunale Ebene dar. Diese institutionell schwache Lösung

ist besonders bei intensiven interkommunalen Interessenkonflikten kaum in der Lage, strittige Problembereiche einem Konsens zuzuführen.

Die Einrichtung von *Regionalverbänden*²¹ mit der Zuweisung von Planungs- und Entscheidungskompetenzen hat einen weit höheren Verbindlichkeitsgrad. Als problematisch erweist sich dabei aber nicht nur die politisch-administrative „Unruhe“ bei der Einrichtung einer weiteren föderalen „Ebene“ sowie die Gefahr einer Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung mit erheblichem politischen Konfliktpotential, sondern auch die Frage, ob sich für eine „neue Ebene“ denn überhaupt genügend originäre Aufgaben finden.

Angesichts dieser Probleme wird zumeist die Installierung von *Regionalkonferenzen* gefordert. Als Instrument horizontaler Koordination und Kooperation sollen Regionalkonferenzen die für die Regionalentwicklung relevanten Kräfte mobilisieren und zusammenzuführen, um regionale Entwicklungsvorstellungen zu erarbeiten und Konsens darüber zu erzielen. Die Überlegungen zum Kreis der an der Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten beteiligten Personen bzw. Gruppen und zum Verbindlichkeitsgrad der Ergebnisse sind nicht fest gefügt. Das Land Nordrhein-Westfalen legt z.B. Wert darauf, „daß neben den ökonomischen auch die sozialen, kulturellen, ökologischen, arbeitsmarktpolitischen und gleichstellungspolitischen Interessen der Region angemessen repräsentiert sind“ Regionale Entwicklungskonzepte haben in Nordrhein-Westfalen wie auch in anderen Ländern lediglich Empfehlungs- und Beratungscharakter für die Landesregierung. Ressortzuständigkeiten und fachspezifische Förderprogramme bleiben bestehen²².

Wertet man die bisherigen Erfahrungen mit Regionalkonferenzen aus, dann sollten - trotz der positiven Anstoßeffekte dieser Organisationsform - folgende Probleme nicht übersehen werden:

- Durch die Kooperation der verschiedensten regionalpolitischen Akteure und den Druck zum

²⁰ Vgl. ausführlicher JUNKERNHEINRICH, M.: Föderalismus und Umweltschutz. In: Junkernheinrich, M./Klemmer, P./Wagner, G.R. (Hrsg.): Handbuch zur Umweltökonomie. Berlin 1995, S. 42 ff. (= Handbücher zur angewandten Umweltforschung, Bd. 2).

²¹ Vgl. POLITIK FÜR REGIONEN. Grundzüge sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik für die Regionen Sachsen-Anhalts. Magdeburg (März) 1994, S. 10 f.

²² HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN „REGIONALE ENTWICKLUNGSKONZEPTE“. 26. November 1990. In: Regionalisierung. Neue Wege in der Strukturpolitik Nordrhein-Westfalens, a.a.O., Anlage 5.

Konsens steigen die Kosten der Entscheidungsfindung deutlich an. Die Handlungsflexibilität wird dadurch eingeschränkt.

- In inhaltlicher Hinsicht sind die regionalen Entwicklungskonzepte aufgrund des Drucks zu Konsensbildung bzw. Konfliktausklammerung häufig relativ aussagearm und orientieren sich eng am Status quo²³.
- Das Verfahren führt nicht konsequent zur Berücksichtigung regionaler Besonderheiten. Sofern die Regionalisierung allein auf eine Regionalisierung der Beratungsfunktionen reduziert wird, und die Entscheidungs- und Finanzierungskompetenz auf zentraler Ebene verbleibt, kann sich das Problem ergeben, daß sich die Projektvorschläge weniger an den regionalen Notwendigkeiten als an den Bezuschussungskriterien fachpolitischer Programme orientieren. Die Funktion der Regionalkonferenz reduziert sich dann auf ein „Anspruchskartell“ gegenüber dem Land²⁴.
- Schließlich stellt die mangelnde demokratische Legitimation von Regionalkonferenzen ein Problem dar. Eine Demokratisierung kann nicht darin bestehen, demokratisch nicht legitimierte *Interessengruppen* de facto in den Entscheidungsprozeß einzubinden.

Besonders problematisch ist es, wenn der Regionalisierungsgedanke planungstechnisch perfektioniert werden soll. So finden sich Vorschläge, die die Einrichtung einer (einmal jährlich stattfindenden) Regionalkonferenz, welche durch die ständige Einrichtung von Arbeitsgruppen zur Erarbeitung regionaler Entwicklungspläne und ein übergeordnetes Lenkungsgremium zur Anleitung und Kontrolle der Arbeitsgruppen unterstützt wird, mit der Einrichtung eines Referates Regionale Strukturpolitik im Wirtschaftsministerium, einer Stabsstelle Regionalisierte Politik in der Staatskanzlei, einer ständigen Interministeriellen Arbeitsgruppe Regionale Wirtschaftspolitik und der Schaffung einer wissenschaftlichen Institution zur ständigen Begleitung, aktiven Moderation und Förderung der inhaltlichen Abstimmung zwischen Wirtschaftsför-

derungsgesellschaft und Landesentwicklungsgesellschaft sowie zur wissenschaftlichen Beratung verknüpfen²⁵. Inwieweit eine derart komplexe Organisations- und Entscheidungsstruktur die erhoffte sachgerechte und flexible „Politik vor Ort“ ermöglicht und als „administrative Innovation“ zu einer Entbürokratisierung führt, ist nur schwer nachzuvollziehen.

Regionalisierung in Ostdeutschland

Insgesamt wird deutlich, daß die Erwartungen an eine regionalisierte Politik nicht zu hoch gesetzt werden dürfen. Die aufgeworfenen Probleme lassen sogar die Frage aufkommen, ob auf eine Regionalisierung nicht verzichtet werden sollte. Dies ist jedoch eindeutig zu verneinen. Da die Regionalpolitik zentralistischer Prägung in ihrer Wirksamkeit aufgrund erheblicher Informationsdefizite und mangelnder Ortsnähe eingeschränkt ist, sollte die Eigenverantwortung der lokalen Entscheidungsträger für die regionale Entwicklung gestärkt werden. Hierfür ist das Vorhandensein regionaler Entwicklungskonzepte eine zentrale Voraussetzung. Regionalkonferenzen, regionale Gesprächs- und Arbeitskreise oder die Kreisverwaltungen als Dienstleister sind Instrumente für eine Regionalisierung. *Entscheidend für den Erfolg ist es, daß die Fragen der Raumabgrenzung, des inhaltlichen Regionalisierungsbedarfs und der Organisationsform problemadäquat gelöst werden.* Die Berücksichtigung der ökonomischen Verflechtungsbeziehungen, die Konzentration auf „regionale“ Aufgaben und eine überschaubare Organisationsform mit klaren Verantwortlichkeiten weisen hier in die richtige Richtung. Ein planungstechnisch perfektionierter Ansatz, der die staatliche Planungsbürokratie auf die regionale Ebene überträgt, dürfte nur wenig hilfreich sein.

Nutzt man die Regionalisierung als Instrument für die Revitalisierung Ostdeutschlands, so wird man behutsam vorgehen müssen. Am Anfang kann die Verlagerung von Beratungskompetenzen auf die regionale Ebene stehen. Sofern Anträge, die sich in schlüssige Entwicklungskonzepte einfügen, vorrangig gefördert werden, kann hier ein qualitätssteigernder Wettbewerb zwischen den Re-

²³ So auch FÜRST, D.: Regionalkonferenzen zwischen offenen Netzwerken und fester Institutionalisierung. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 52 (1994), H. 3, S. 189.

²⁴ Ebd.

²⁵ Vgl. zu diesem Organisationsmodell die Überlegungen des ISW: Regionalisierung der Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt, a.a.O.

gionen entstehen. Die Erarbeitung regionaler Entwicklungskonzepte wird für alle Beteiligten auch ein Lernprozeß sein müssen, da die regionalpolitischen Erfahrungshorizonte der in den Regionalisierungsprozeß involvierten Kräfte zweifellos sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Später dürfte der Druck zunehmen, auch Entscheidungs- und Finanzierungs Kompetenzen zu dezentralisieren. Noch immer bestehende kommunale Verwaltungsprobleme und ein stark ausgleichsorientiertes

kommunales Finanzsystem setzen hier derzeit aber noch enge Grenzen. Mittel- und langfristig könnte an eine „echte“ Dezentralisierung von Aufgaben- und Finanzverantwortung gedacht werden, die die Effizienzvorteile eines „Systems konkurrierender Regionen“ erschließt. Vor jedem weiteren Schritt müssen allerdings die Bedingungen hierfür auf ihre Tragfähigkeit überprüft werden.

Gerhard Heimpold und Martin Junkernheinrich

Ostdeutsche Kommunen verbessern ihre Standortqualität durch Umweltschutzinvestitionen

Bedingt durch Anpassungszwänge an neue anspruchsvollere Umweltschutzregelungen und begünstigt durch den massiven Einsatz von Fördermitteln haben ostdeutsche Kommunen umfangreich in den Umweltschutz investiert. Das zeigen Befragungen und Untersuchungen des IWH²⁶. Schwerpunkt war die Abwasserbeseitigung, für welche Städte und Gemeinden auch entsorgungspflichtig sind. Mit den Investitionen wurden Umweltentlastungen vor allem im Gewässerbereich erzielt. Weitere Investitionen sind jedoch erforderlich, um ein vergleichbares Niveau der Umweltschutzinfrastruktur wie in Westdeutschland zu erreichen. Zur Lösung der Finanzierungsprobleme dieser und anderer dringlicher Aufgaben der Kommunen ist die Fortsetzung der umfangreichen Fördermaßnahmen nicht vorteilhaft. Günstiger erscheint die Verbesserung der Finanzausstattung der kommunalen Haushalte.

Stellenwert und Umfang der Umweltschutzinvestitionen

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen wurde in der DDR sträflich vernachlässigt. So lagen zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung erhebliche Umweltbelastungen und Defizite der Umweltschutzinfrastruktur vor. Dadurch wurde nach der Wende die Entwicklung und Ansiedlung von Gewerbe in vielen ostdeutschen Kommunen be- oder gar verhindert. Die Überwindung dieser Standortnachteile erfordert enorme Investitionen in den Umweltschutz. Angesichts der angespannten

Lage der öffentlichen Haushalte ist nach dem Stellenwert von Umweltschutzmaßnahmen zu fragen. Vor diesem Hintergrund hat das IWH die Investitionstätigkeit ostdeutscher Kommunen im Umweltschutz untersucht. Unter anderem wurden Umfang und Struktur bisheriger Umweltschutzinvestitionen ermittelt sowie begünstigende und hemmende Faktoren für die Investitionen analysiert. Die Untersuchungen stützen sich auf eine Befragung von Städten und Gemeinden, die Auswertung von umweltrelevanten Förderprogrammen und -statistiken sowie auf Gespräche in Kommunalverwaltungen.

Die Erhebung²⁷ zeigte, daß Umweltschutzinvestitionen für die Kommunen einen hohen Stellenwert besitzen (vgl. Abbildung 1).

Die Befragten sollten nur jene Investitionsbereiche benennen und mit Rängen bewerten, die sie als dringlich ansehen (höchste Dringlichkeit mit Rang „1“ usw.). Danach liegen die Umweltschutzinvestitionen in der Rangfolge zwar hinter dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie der Stadt- und Dorferneuerung, aber noch vor der Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten (vgl. Ränge „1“ bis „3“). Freilich ist dabei zu beachten, daß Umweltschutzaufgaben überwiegend pflichtig sind, und daß relativ umfangreiche Fördermittel bereitgestellt wurden.

²⁶ Vgl. KOMAR, W.: Umweltschutzinvestitionen ostdeutscher Kommunen, Forschungsreihe des IWH, Nr. 7/94.

²⁷ Die Befragung wurde Ende 1993/Anfang 1994 durchgeführt. Mit dem Rücklauf wurden 145 ostdeutsche Städte und Gemeinden aller Größenklassen sowie rund 6 vH der Bevölkerung in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) erfaßt. Nach den Kenngrößen der Stichprobe konnten die Erhebungsdaten für eine statistische Auswertung herangezogen werden.